

## P r o t o k o l l

Über die öffentliche Sitzung des Landtages vom 29.12.1943

Beginn vormittags 9 Uhr.

Abwesend der Abg. Chr. Oehri, dafür anwesend Konrad Wohlwend.

Das Protokolle der letzten zwei Sitzungen werden verlesen und genehmigt.

Die Mitglieder der Verwaltungsrates der Sparkasse machen darauf aufmerksam, dass sie darauf aufmerksam gemacht haben, dass das Dotationskapital der Sparkasse nicht auf der gesetzmässigen Höhe sei und deshalb erhöht werden müsste. Doch dränge diesbezüglich die Sparkasse infolge der grossen Geldflüssigkeit nicht auf eine unbedingte Erhöhung desselben.

### T r a k t a n d u m :

#### Landesvoranschlag für 1944.

Bei Titel Polizeiwesen kommt die Anstellung von 2 oder evtl. 4 Polizisten wieder zur Sprache.

Der Landtag stimmt dem Antrage Dr. Schädlers einstimmig zu, dass 2 Polizisten <sup>definitiv</sup>/angestellt und ~~zwei weitere~~ zwei weitere Polizisten privisorisch zur Hilfsleistungen aus der Hilfspolizei oder den angemeldeten Bewerbern beigezogen werden. Soferne es notwendig werden sollte, könnten die Letzteren auch später ausgebildet lassen werden.

Bei Tit. I, Punkt 8 Zivilstandsregisterführung macht Präsident Frommelt darauf aufmerksam, dass die heutige Regelung der Entschädigung nicht der Arbeit entspreche. Es soll aber nach Ansicht des Landtages ein Begehren des Pristerkapitels abgewartet werden.

Bühler kommt auf die bescheidene Honorierung der Vermittler zu sprechen und ersucht die Regierung um Ausarbeitung eines Vorschlages für eine neue Regelung.

Heinr. Bruhart gibt zu überlegen, ob nicht eine Erhöhung der Gebühren für die Parteien ins Auge gefasst werden sollte.

Die Regierung nimmt diese Anregungen zur Kenntnis.



Bei Tit. III, Bauamte fragt Heinr. Brunhart an, ob die Entwässerungsarbeiten in Balzers in dem budgetierten Betrag inbegriffen sei, was Reg. Chef Fr. Hoop bejaht.

Bühler regt die schon längst beschlossene Strassenregulierung Mauren-Schaanwald an. Es sollte endlich einmal damit begonnen und im kommenden Jahre unbedingt ein Teilstück gemacht werden. Diese Sache müsse in den Vordergrund treten und es sollte diese Arbeit beschlossen werden. Gleichzeitig beantragt er die Inangriffnahme einer durchgehenden neuen Strasse in Schellenberg, da diese Gemeinde in der Entwicklung behindert sei. Auch hier sollte ein Teilstück gemacht werden und dieser Gemeinde entgegengekommen werden.

Dr. Vogt stellt fest, dass man sich in Schellenberg zuerst klar sein müsse, was und wie man es mache, welche Strasse ausgebaut werden soll. Die Gemeinde Schellenberg müsse zuerst ein Votum abgeben.

Präsident bestätigt die schlechten Strassenverhältnisse auf dem Schellenberg. Was aber Schellenberg derzeit besonders am Herzen liege, sei den Bau einer Abwasserableitung, die aber bisher heute durch einen Privaten verunmöglicht worden sei. Hoop tritt für die Behebung dieses Uebelstandes in Schellenberg ein und es sei unverständlich, dass es hier an einem Bodenbesitzer scheitere, nachdem ein öffentliches Interesse vorhanden sei.

Präsident kann sich nicht für eine Expropriation erwärmen und glaubt, dass sich die Sache noch sonst erledigen lasse. Die Gemeinde allerdings sollte mehr auf diesen Mann einwirken.

Sele betont, dass er nicht bestimmen könne, wenn nur im Unterland solche Strassenverbesserungen vorgenommen würden. Es harrten auch noch andere dringende Verbesserungen im Oberland der Verwirklichung. Es müsse geprüft werden, wo es am notwendigsten sei, den budgetierten Betrag zu verwenden.

Präsident Sie Strasse Mauren-Schaanwald ist schon eine längst beschlossene Sache und dass hier etwas geschehen muss, ist



klar. Man werde tun, was man könne und man werde vernünftig vorgehen.

Risch verweist auf die Verbesserung der Aelestrasse in Vaduz, die einer dringenden Lösung harre.

Hasler bringt eine Kurvenbesserung in Gamprin zur Anregung. Er empfiehlt auch den Ausbau einer rechten Strasse in Schellenberg.

Bühler verweist mit Bezug auf die Ausführungen Sele's darauf, dass er nur die Inangriffnahme eines Teilstückes beantragt habe und dankt den übrigen Befürwortern der Sache.

Dr. Vogt glaubt, dass man die Sache der Regierung überlassen sollte. Man dürfe das normale Budget nicht verwechseln mit den Notstandsarbeiten. Wenn Arbeitslosigkeit eintrete, würde verschiedenes ins Notstandsprogramm aufgenommen werden.

Matt empfiehlt ebenfalls den Bau der Strasse Mauren-Schaanwald. Reg. Chef hält eine Diskussion in diesem Ausmass für durchaus unzeitgemäss und nutzlos. Man müsse jetzt aufs Aeusserste zurückhalten mit den öffentlichen Arbeiten aus bestimmten Gründen. Wahrscheinlich werde nach Kriegsende eine Zeit kommen, da man auf diese Arbeiten greifen könne.

Dr. Schädler unterstützt die Ausführungen des Reg. Chef. Jedes Jahr wüchsen bei der Behandlung dieses Punktes die Kirchtürme aus dem Boden wie Pilze und so komme man nicht weiter. Die Projekte könnten nur nach ihrer Dringlichkeit erledigt werden und das könne man der Regierung überlassen. Er habe auch die Meinung, dass Mauren mit der Fertigstellung eines Teilstückes auch nicht geholfen sei.

Brunhart Heinr. unterstützt Dr. Schädler voll und ganz.

Bühler verwundert sich, dass viele Abgeordnete dagegen sprechen. Er verlange vorläufig nur ein Teilstück und das sei nichts Unmögliches und seitens der Gemeinde Mauren äusserste Bescheidenheit.

Dr. Schädler stellt fest, dass er nicht gegen den Bau der Strasse sei, aber der Krieg habe damals die Sache eingestellt.

Schädler Eugen tritt ebenfalls für die Inangriffnahme eines



Teilstreckes der Strasse Schaanwald-Mauren und der Abwasserleitung in Schellenberg ein.

Sele hat den Eindruck, dass durch das rege und intensive Eintreten eines Abgeordneten für die erwähnte Sache evtl. andere zu kurz kommen.

Risch beantragt, es der Regierung zu überlassen, was durchgeführt werden soll.

Bühler wundert sich, dass Abg. Sele den Eindruck hat, dass er jemals für die Gemeinde Mauren etwas Besonderes erreicht hätte. Nach fünfjähriger Tätigkeit dürfe er ein Teilstück schon wünschen. Er sei der gegenteiligen Auffassung, dass er für Mauren überhaupt noch nichts erreicht habe.

Präsident glaubt, dass nun der Wunsch genügend vorgebracht worden seien. Man werde tun, was man könne. Die Wünsche würden zur Kenntnis genommen, sorgfältig geprüft und dann das gemacht werden, was man für recht erachte.

#### Tit. IX.

Sele redet der Aeuffnung des Fonds für die Altersversicherung das Wort und beantragt die Erhöhung des eingesetzten Betrages von Fr. 10,000 für das Alter auf 20,000. Früher oder später werde man an dieses Problem herantreten müssen.

Reg. Chef verweist auf die früheren Ausführungen in dieser Angelegenheit und gibt abermals seiner festen Überzeugung Ausdruck, dass, wenn eine Altersversicherung mit entsprechenden Beiträgen der Versicherten der Volksabstimmung unterworfen würde, dieselbe hoch im Bogen fliege. Er glaubt, dass man sich zu gegebener Zeit an die schweizerische Altersversicherung anschliessen könnte, wodurch die Lebensfähigkeit eher gewährleistet sei. Heute darüber Beschluss zu fassen, halte er durchaus als verfrüht.

Kindle beantragt, den alten Leuten monatlich etwas von staatswegen zu geben, sie sollten nicht monatlich darum nachsuchen müssen.

Dr. Vogt erachtet es ebenfalls für verfrüht, heute über die Altersversicherung zu reden. Zuerst müsse man die finanziellen Auswirkungen der Lohnausgleichskasse abwarten. Seit 15 Jahren habe die Arbeiterschaft in erhöhtem Masse die Finanzen des Staates in Anspruch genommen. Man



werde trachten müssen, dass der Staat nicht mehr der Hauptarbeitgeber sei, sondern die Privatwirtschaft müsse so gestärkt werden, dass sie die normalen Arbeiter absorbiere.

Bühler ist nicht für die Aeuffnung von Fonden, jedoch für das Alter mehr winzusetzen sei er natürlich einverstanden.

Brunhart Heinr. glaubt, dass die verschämten Armen weniger zum Zuge kommen.

Reg. Chef glaubt, dass die Gemeinden die Bedürftigsten der Regierung bekanntgeben könnten.

Der Antrag, für das Alters Frs. 20,000 einzusetzen, wird einstimmig angenommen.

Abg. Bühler wirft die Frage auf, wann sie Gelegenheit biete, bezügl. der Gebäudeneueinschätzungen mit Steuerkommissär Frick zu diskutieren. Er hält nach wie vor seine Meinung aufrecht, dass Einschätzungen nach dem heutigen Verkehrswert erfolgt seien, was für die Nachkriegszeit neben den anderen enormen Lasten für die Landwirtschaft und evtl. das Gewerbe untragbare Belastung bedeute. Er verliest diesbezüglich ein Schreiben des Steuerkommissärs, aus dem hervorgeht, dass nach dem heutigen Verkehrswert neueingeschätzt werde.

Steuerkommissär Frick wird zur Sitzung berufen.

Frick stellt fest, dass nach seiner Ansicht die Neueinschätzungen zu recht erfolgen. Sie würden in allen Gemeinden einheitlich nach einer gewissen Richtschnur gemacht. Er glaubt, dass der heutige Verkehrswert nach dem Krieg nicht so schnell sinke. Auch der Arbeiter bezahle mehr heute und etwas mehr dürfe auch dem Vermögen zugemutet werden. Er handle nach dem bestehenden Steuergesetz und er weise zurück, dass man sage, es sei allgemein zu hoch geschätzt.

Bühler ist dagegen, dass die Objekte nach dem heutigen abnormalen Verkehrswerte eingeschätzt werden. Er hätte eine Angleichung durch eine mässige Erhöhung gewünscht. Es liege auch kein Grund für Erhöhung der Steuern vor und zudem werde der Boden nicht auch neu nachgeschätzt.

Dr. Vogt glaubt, dass der Landtag kaum ein Interesse habe, die Steuerbehörde in der Art der Einschätzung zu behindern. Es sei recht, wenn auch für das Vermögen ein entsprechender Wert eingesetzt werde. Dass



man nicht Konjunkturwerte einsetzen soll, sei selbstverständlich. Dr. Schädler ist auch nicht dafür, dass der heutige Verkehrswert genommen werde. Eine Ungleichheit bestehe wohl auch darin, dass die vor 3-4 Jahren vorgenommenen Neunachschätzungen mit den heutigen nicht mehr übereinstimmen.

Frick stellt fest, dass sie damals wie heute von einem mittleren Verkehrswert ausgegangen seien. Auch die Einschätzungen von heute bewegten sich auf der Basis von 1939.

Bühler. Das Ganze kommt einer Steuererhöhung gleich und das sei heute nicht notwendig. Er sei auch für die Heruntersetzung des Steuersatzes für den Arbeiter. Das sei zuviel, wenn ein Arbeiter Frs. 120-140 jährlich an Landessteuern zahlen müsse.

Reg. Chef warnt vor den zu erwachsenden Auswirkungen.

Dr. Schädler glaubt, dass man den status quo sein lassen sollte.

Als dann schreitet der Landtag nach durchgeführter 3 titelweiser Lesung zur Abstimmung über das Budget 1944. Dasselbe wird mit den vorgenommenen Änderungen in der Abstimmung einstimmig angenommen.

Dem Antrag des Präsidenten, auf die Finanzkommission mit den Funktionen des Landesausschusses zu betonen, stimmt der Landtag zu.

Präsident dankt dem Landtag für die Mitarbeit im verflossenen Jahre, die ohne Spitz und Spahn abgegangen sei. Nachdem verhältnismässig sehr wenige öffentliche Sitzungen gewesen seien, müsse neuerdings seiner festen Meinung Ausdruck geben, dass für die Landesangelegenheiten eine nützlicher Arbeit gelsietet werde, wenn der Abgeordnete frei und ungezwungen seine Meinung aussern könne, als wenn gewisse Hemmungen der Oeffentlichkeit ihn behindern. Er dankt auch den Mitgliedern der Regierung, sich selbst ausnehmen, für die ~~MINNOSANNONN~~ umfangreiche und in den heutigen Verhältnissen nicht leichte Arbeit des Jahres hindurch. Ferner gelte auch der Dank des Landtages den übrigen Behörden.

Reg. Chef dankt den Herren des Landtages für die reibungslose Mitarbeit im vergangenen Jahre und spricht auch im Namen des Landesfürsten den Dank aus. Er freue sich sehr, dass Landtag und alle Behörden so regen Anteil genommen hätten an seiner Hochzeit und er stelle mit



Genugtuung fest, dass die interparteiliche Zusammenarbeit sich ganz offensichtlich zum besten Wohl des Landes ausgewirkt haben. Er dankt auch im Namen Dr. Vogt's dem Landtagspräsidenten für die erfreulichen Worte und dem Landtag für die verständnisvolle Mitarbeit mit der Regierung. Als dann schliesst er im Namen des Landesfürsten für heuer den Landtag.

Schluss der Sitzung ein Uhr.

=====